

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 25.

Sonntag, den 19. Juni 1921.

3. Jahrgang

Zu beziehen durch den Herausgeber
Gustav Ewald, Lohz, Rozwadowska-Straße 17,
dort hin sind auch alle Geldsendungen zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter
Ludwig Wolff Lohz, Gdanika 112.
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzustellung 20 Mk. monatlich, für
Deutschland RM. 3.—. Anzeigenpreis: für die dreige-
spaltene Kleinzeile Mk. 12.—, für Deutschland RM. 4.—.

General-Vertretung für Deutschland: Richard Albert Göpfert, Königsberg Pr., Krönchenstraße 12.

Die Konstitution Polens

von Dr. hist. Eduard von Behrens.

Motto: „Wehe dem, der sein Haus
mit Sünden bauet und seine
Gemächer mit Unrecht“. (Je-
remiä 22, Vers 13.)

I.

Das lateinische Wort „Konstitution“ bedeutet auf deutsch eigentlich Ordnung; — also — die von den Bürgern unter sich freiwillig eingefetzte Ordnung aller Angelegenheiten, oder auch die von einem Herrscher ihnen aufgebrungene Staatsverfassung. Unser Staat hat eine Ordnung, die teilweise als eine uns aufgezwungene und teilweise als freiwillig von den Bürgern bestimmte betrachtet werden muß; und zwar hängt das mit der Geschichte der Entstehung des neupolnischen Staates zusammen.

Wir wissen, daß noch vor 1500 Jahren das heutige Polen von deutschen Völkerstämmen bevölkert war, und es haben auch diese Stämme der alten Germanen so manche Spur in den Ortsnamen, in den Benennungen der Flüsse (Weichsel-Wisla, Nahrweh-Narew, Warsau-Warschawa, Melsztyn-Melsztyn, Hohlstein-olsztyn, Warlau-Warka usw.) hinterlassen, jedoch ist von den alten Reichen der Karawalen, Vandalen, Heruler, Schwaben und Hettinger, die laut Aufzeichnungen auf den in Stein gemeißelten Landkarten der alten Skandinavier einst hierzulande bestanden, nichts nachgeblieben. (Die Hettinger oder Göttinger am Bugflusse, welche die benachbarten Slaven Jatwingi nannten, hielten sich dort bis auf König Jagellos Zeiten, d. h. bis auf 500 Jahre vor unserem Zeitalter). Die Slaven, die von der Donau her kamen, haben das ganze Weichselbecken ausgefüllt. Die Staatsgebilde der „Belloservati“ — d. h. der von den Römern einst durch den Krieg verflawten Slaven, die sich daher Bielochorwaten, Slaven (-Sclavi), Chorwaten (=die unterjochten, lateinisch: servati), Serben (lateinisch-servi, die Sklaven) selber auch nannten — verschmolzen auf den weiten einst reingermanischen Ebenen (pola) allmählich zu einem großen „Polnischen“ Staate, einem der größten in ganz Europa noch vor 150 Jahren.

Es war ein Königreich, das öfters durch Monarchen ebenfalls germanischer Abstammung regiert wurde (die schwedische Dynastie der Wasas 1587—1669 und diejenige der Sächsischen Kurfürsten 1697—1763) und seine damalige Blüte vorwiegend den aus Deutschland in großen Scharen eingewanderten Deutschen verdankte. Das Gewerbe, der Handel, der finanzielle Haushalt der Regierung, das oberste Gerichtswesen, Bauwesen, die technischen Gattun-

gendes Kriegswesens befanden sich stets zu größtem Teile in den Händen der Deutschen, die sich daher auch einer vollen und tatsächlichen Selbstverwaltung in Altpolen erfreuten: die deutschen Kaufmannschaftsgilden, Handwerker-Meister- und Arbeiterverbände bildeten ganz von den Starosten und Vögten unabhängige Einheiten; ja in den größeren Städten Polens bildeten die Deutschen durchwegs die regierende Klasse und es war das Magdeburger Recht, nach welchem in Krakau, Posen, Warschau, Lublin, Plock, Thorn und $\frac{1}{10}$ der übrigen Städte Polens Recht gesprochen und geübt wurde. So ein Bürgermeister von Krakau, Albrecht zum Beispiel, hatte daher ein mächtiges Wort mitzureden, als der Adel des Reiches 1380 darüber beriet, ob ein Habsburger, ein polnisch-schlesischer Fürst, ein einheimischer Magnat oder Jagello den vakanten Thron auf dem Wawelberge einnehmen sollte. Der Einfluß der deutschen Kultur ist schon daraus ersichtlich, daß über 40% des Adels um 1550 herum sich zum Protestantentum bekannte.

Es ist eine eigentümliche Sache, daß das alte Polen gar keine geschriebenen Grundgesetze im Sinne einer regelrechten Konstitution besaß. Es waren nur althergebrachte Bräuche und Sitten, die es bestimmten, daß jeder freie Bürger im Notfall seinen Mann zur Schlacht stellen mußte (daher — „Schlachcie“) und dafür das Recht besaß, in allen Staatsangelegenheiten mitzureden. Ein freier Deutscher von der Stadt oder ein Kosak (Kuthene) vom flachen Lande war ebenso ein guter Schlachtzize, wie ein simpler oder auch reicher Kernpole; ebenso wurde auch ein Jude, wenn er zum Christentum überging sofort als regelrechter Schlachtzize anerkannt. Denn das Polen des XIV—XVII Jahrhunderts war eben ein Weltstaat, der keine kleinlichen enagnationalen inneren Feinden kannte, und daher bald auch so mächtig dastand, wie kein anderer: die Macht der „polnischen“ Könige reichte damals von Dorpat, — Pskov, Smolensk und Tschernihow bis unter die Mauern Stettins, Preßburgs, Belgrads und Galaks. Die Freiheit war die ungeschriebene Konstitution Polens — (des „Landes der Felder“) und diese Freiheit übte auf seine Grenzvölker solch eine gewaltige Macht aus, daß sie von selber danach strebten, unter die Oberhoheit der Krakauer und Warschauer Regierung zu kommen. Denn niemand, wenn auch nicht bodenstämmiger Pole oder römischer Katholik, wurde im damaligen Polen in seinen politischen Vorrechten in irgendeiner Weise geschmälert, beeinträchtigt oder gar verfolgt.

Es dauerte aber nicht lange, da war es mit der Herrlichkeit vorüber. Ein Mitglied des Jesuitenordens (Jan Kazimierz 1648—1669)

kam auf den Thron; die mächtigen Großgrundherren der russischen und litauischen Marken wurden planmäßig von den Jesuitenbeichtvätern gegen alles Nichtkatholische aufgehetzt. Ein Netz von konfessionellen Schulen wurde von römischen Mönchen errichtet, um darin die Jugend gegen die „Ketzer“ und „Häretiker“, die „Schismatiker“ und die „Apostaten“ fürs ganze Leben aufzubringen. Wo sind heute die Spuren der 672 evangelischen Gemeinden, die allein in dem späteren Kongreßpolen im XVI—XVII Jahrhundert bestanden haben? Sie sind spurlos verschwunden.

Es schwand die Gewissensfreiheit, es schwand die Gleichberechtigung der Völkerschaften und der Sprachen, es schwand der Gerechtigkeitsinn, — die Ordnung, die allein die Macht eines jeden Staates ausmachen. Unordnung, Verfolgung der Nichtpolen, Gewalttätigkeiten, Heben, Raub und Plünderung, Käuflichkeit und Vefrechlichkeit mußten überhand nehmen. Es stürzte das ganze Staatsgebäude auch bald zusammen (1772—1795) genau so wie neulich das Zarenreich. Altpolen hörte auf zu bestehen . . . trotz der kampfhaften Versuche etlicher wohlgesinnter Patrioten (die Konstitution vom 3. Mai 1791) wieder Ordnung in das Staatsgebäude zu bringen.

Nun hat sich das Blatt der Weltgeschichte wieder gewendet. 1914—1917 badete sich die Welt im Blute des schrecklichsten aller dagewesenen Kriege. Die siegreichen Staaten des Westens — Amerika, England und Frankreich voran — haben beschlossen, die Völker, welche die schönen Feldebene zwischen den Karpathenbergen und dem Baltischen Meere bewohnen, zu neuem selbständigen staatlichen Leben zu berufen. Nach 150 Jahren der Verwaltung von Petersburg, Berlin und Wien aus ist das Gesamtbild dieses schönen Landes wieder ganz anders gestaltet worden, wie es zu den Zeiten der alten germanischen Waldeinwohner, der slavischen Ackerbauer, dann der ruhmreichen Jagellonen, Wasa- und Sachsenkönige einst gewesen war. Ein modernes Land mit Fabrikstädten, Eisenbahnen, Welthandel und Weltpresse ist es, dieses Neupolen. Die Zeiten sind vorüber, wo der bodenstämmige Kernpole, vom fanatischen Priester Roms aufgehetzt und verdummt, die mit ihm dieses „Neupolen“ bewohnenden 3/4 Millionen Juden, 2 Millionen Deutschen und 8 Millionen Russen als Eindringlinge, Fremde oder ihm nicht ebenbürtig dastehende „Andergläubige“ ansehen dürfte: denn insgesamt machen sie an Kopffahl 43% des Staates aus, an Reichtum (denn die Staatskasse und Steuerzahlung sind heutzutage das wichtigste in jedem Staate) möchten sie wohl bis 70% der Bedeu-

tung im Staate beanspruchen können und auch daran, was man Bildung, Intelligenz und Kultur nennt, wären diese „Minderheiten“ noch um etliche %/100 höher einzuschätzen als die urpolnische Mehrheit.

In richtiger Beurteilung dieses Zustandes der Dinge, haben die siegreichen Großmächte, indem sie in der Stadt Versailles bei Paris den Friedensvertrag 1918 aufsetzten, den Polen (16 Millionen) einen freien Staat wieder aufzubauen gestattet, unter der Bedingung, daß diese den völkischen und religiösen „Minderheiten“ genau dieselben Rechte einräumen wie der slavisch-polnischen römisch-katholischen Mehrheit. Paderewski, der erste Vorsitzende des ersten regelrecht gebildeten Ministerrats von Warschau, und der Vorsitzende des „Polnischen Nationalrates“ in Paris Dmowski, haben diese Bedingung angenommen und unterschrieben (den 28. Juni 1919), das erste Staatsoberhaupt Neupolens, Pilsudski, hat es bestätigt, und der erste (gesetzgebende) Sejm hat es begutachtet (ratifiziert) im Namen der ganzen polnischen Nation und des neupolnischen Staates (31. Juli 1919) und auch veröffentlicht als Gesetz (Nr. 35 des „Dziennik Ustaw“ vom 20. April 1920). Es ist zu vermerken, daß ein besonderes Gesetz über die „Gleichberechtigung der Minderheiten“ damals von den Polen als unerschütterliches, organisches und unabänderliches Grundgesetz der künftigen Staatsverfassung — wenn auch mit sichtlichem Widerwillen und nicht ohne Verzögerung der Veröffentlichung — angenommen worden ist.

Der „Sejm Ustawodawczy“, d. h. die Vertretung aller 4 Völkerschaften Neupolens, trat nun in Warschau Anfang 1919 zusammen, um die Grundverfassung des neuen zentral-europäischen Staates „Republik Polen“ zu schaffen. Von rechtswegen sollten von den über 400 Abgeordneten, die aus allen drei ehemaligen Teilgebieten Altpolens in Warschau zusammenströmten, wenigstens 160 Vertreter der Minderheiten sein. Es haben aber nicht mehr als etwas über 20 Mann als Vertreter der 13 Millionen zählenden Minderheiten als Sejmabgeordnete teilnehmen können.

Die Uropolen selbst, die somit an sich fast ausschließlich (zum Beispiel haben die griechisch-orthodoxen Russen nicht einen einzigen Sitz im Verlaufe der ganzen Beratungszeit 1919 — 1921 im Sejm inne gehabt!) die gesetzgebende Gewalt an sich rissen, haben die Art und Weise, in der die einzelnen Abgeordneten zu ihren Sitzen kamen oft beanstandet: so zum Beispiel wurden in Galizien überhaupt nicht einmal zum Schein die Wahlen der Abgeordneten durchgeführt; die früheren Abgeordneten zum Wiener „kaiserlich-königlichen Reichsrat“ von anno 1914 erschienen im Warschauer Sejm mit ihren alten Mandaten. Die Abgeordneten aus den westpreussischen Marken kamen in den Sejm nur durch die Stimmen der dortigen polnisch-katholischen Minderheit „gewählt“. Ganze Fraktionen, wie zum Beispiel die „Partei der Konstitutionsarbeit“, hatte nicht einen einzigen von polnischen Bürgern seines Bezirkes wirklich gewählten Abgeordneten aufzuweisen, trotzdem daß sie mehrere Minister zu der Regierung Paderewskis und Witos' stellte. — Das Obengesagte zusammenziehend muß man sagen, daß der verfassungsgebende Sejm 1919 — 1921 keinesfalls den Willen der gesamten Bevölkerung der Republik darstellen kann.

Am 17. März 1921 wurde die Konstitution nach gewaltigen Parteikämpfen in dritter Lesung endgültig vom Sejm angenommen. Sie beginnt mit der üblichen Form: Im „Namen des Allmächtigen! Wir, Polnische Volk, der Vorsehung für unsere Errettung aus der anderthalbjährhundertjährigen Knechtschaft dankend“, usw. Es ist zu bedauern, daß es nicht anstatt dessen

heißt: „Die Völker Polens“ usw., denn es liegt doch so viel an der äußeren Form eines obersten Gesetzes, das die brüderlich auf der polnischen Ebene nebeneinander wohnenden Uropolen, Deutschen, Russen und Juden für ganze Jahrhunderte in gutem Einvernehmen erhalten soll. Schluß folgt.

Das Aquarium.

Von Dr. Ottomar Wolff.

Diejenigen Leser, denen der Aufsatz in Nr. 11 über den Stöckling vielleicht einige Freude gemacht hat, würden sicher gern das Leben dieses bei uns so häufigen, aber so wenig gekannten und dabei recht schönen Fisches selbst beobachten. In der freien Natur ist dies sehr umständlich, denn wir können ja nur von oben in das Wasser schauen, sehen dabei immer den grauen Bodengrund und, wenn wir Glück haben, auch mal den grauen Rücken des Fisches darüberhinaus. Erkennen läßt sich sehr selten etwas genauer. Wollen wir das Leben unserer einheimischen Wasserbewohner beobachten, so müssen wir sie schon so unterbringen, daß wir genau zusehen können. Das einfachste ist, man tut das Tier in einen Glasbehälter. Damit ist aber das Aquarium noch nicht fertig. So einfach ist es denn doch nicht. Ohne etwas Mühe und Liebe zur Sache geht es auch hier nicht. Unter einem Aquarium versteht man einen Behälter, der dazu dient, Wassertiere unter den ihnen genau entsprechenden natürlichen Bedingungen unterzubringen und sie zu beobachten. Daß ein Aquarium neben dem rein wissenschaftlichen Interesse noch sehr viel Freude bereitet und eine Zierde eines jeden Zimmers ist, will ich nur nebenbei bemerken. Die früher allgemein üblich gewesenen und bekannten Fischglöckchen sind nun aber kein Aquarium, sie sind sogar geradezu zu verwerfen, denn sie vermögen es in keiner Weise den Tieren, in unserem Falle den Fischen ihre natürlichen Lebensbedingungen zu bieten, noch viel weniger ihnen die natürliche Umgebung so vollkommen zu ersetzen, daß die Fische sich ganz heimisch fühlen und gerade dieses zu erreichen ist ja unser Bestreben, wenn wir überhaupt irgend einen Aufschluß über die Lebensweise eines Fisches erhalten wollen. Ein Fisch, der fühlt, daß er im Gefängnis sitzt, wird traurig umherschweben und uns nur enttäuschen, nie aber uns Freude bereiten. Zu den natürlichen Lebensbedingungen eines Fisches gehören: Licht, Wasser, Luft, Platz, Bodengrund, Pflanzen und Nahrung. Licht bekommt unser Behälter, wenn wir ihn an das Fenster oder dessen Nähe stellen, dort ist also der Platz für unser Aquarium, die Wände müssen natürlich aus Glas sein. Wasser ist ja selbstverständlich, es darf nicht faulig sein, am besten ist solches aus einem Fluß oder Teich oder frisches Regenwasser, Brunnenwasser ist weniger geeignet und sollte nur in Ermangelung anderen Wassers genommen werden. Das Wasser zu beschaffen ist nicht schwierig, wenn man bedenkt, daß eine Füllung erst etwa alle 1/2—1 Jahr erneuert werden braucht, natürlich sachgemäße Pflege und Einrichtung vorausgesetzt. In meinem Aquarium steht das Wasser nun schon 5 Monate ohne erneuert zu werden, abgesehen davon, daß immer etwas nachgefüllt wird, um das Verdunstete zu ersetzen. Das Wasser ist heute noch so klar und geruchlos als am ersten Tage. In den üblichen Goldfischglöckchen mußte das Wasser täglich erneuert werden, wenn die Fische nicht draufgehen sollten, gewöhnlich sah man die Fische am Morgen an der Oberfläche des Wassers gierig nach Luft schnappen, wodurch die ganze Oberfläche derselben mit Schaumblasen bedeckt war. Man sieht daraus das Luftbedürfnis der Fische. Es wird vielen Lesern eigenartig klingen, daß die Fische Luft brauchen, da ja bekanntlich die

Fische an der Luft sterben. Es stimmt dies schon, sie sterben aber nur deswegen, weil ihre zarten Kiemen an der Luft eintrocknen und der Fisch daher nicht mehr atmen kann: bekannt dürfte es sein, daß man Fische lebend auf weite Strecken verschicken kann, wenn man sie in feuchtes Moos oder Gras verpackt. Bekannt dürfte es auch den meisten Lesern sein, daß Wasser gelöste Luft enthält, kaltes Wasser sogar ziemlich viel, heißes Wasser gar keine. Darum sehen wir, ehe das Wasser zu kochen anfängt, aus dem Wasser reichliche Mengen Luft aufsteigen. Diese im Wasser gelöste Luft dient den Fischen zum Atmen. Wenn nun ein Fisch längere Zeit immer in demselben Wasser atmet hat, so ist die Luft verbraucht, dann geht er an die Oberfläche und schnappt nach Luft. Dies ist aber unnatürlich und ungesund, die Fische gehen daher leicht ein. In den Goldfischgläsern wurde daher täglich das Wasser gewechselt, der Fisch bekam zwar frisches lufthaltiges Wasser, aber meistens auch eine Erfrischung dazu, die ihn fast noch eher tötete als schlechtes Wasser. Das Wasser nimmt im Laufe des Tages die normale Zimmertemperatur von etwa 20° Celsius an und mit ihm der Fisch, der ja darin lebt; nun kommt plötzlich Wasser von 12°, der Fisch wird auch plötzlich so weit abgekühlt. Die meisten Menschen sterben unfehlbar, sobald sich ihr ganzer Körper in dieser Art abkühlt. Die Fische sind ja etwas widerstandsfähiger, sollen doch sogar einige Goldfische solche rohe Behandlung einige Jahre ausgehalten haben, doch sind dies Ausnahmen und nur ein Goldfisch verträgt solche Quälerei. Es muß also versucht werden, die Luft auf andere Weise im Wasser zu erneuern. Es gelingt dies recht gut. Das Gefäß soll eine möglichst große Öffnung haben, niemals kleiner als der Umfang, damit das Wasser von selbst Luft aufnehmen kann, dann soll das Gefäß möglichst groß sein, denn um so länger hält die Luft darin vor, damit können wir gleich auf die Platzfrage. Der Fisch muß frei schwimmen können, ohne sich immer die Nase zu stoßen, deshalb sollen auf einen Liter (Quart) Inhalt nicht mehr als ein etwa halbfingerlanger Fisch (so groß ist unser Stöckling) kommen. Ein Gefäß von 5 Litern darf daher nur etwa 5 kleine Fische beherbergen. Sodann gehört in ein Aquarium Bodenerde und zwar aus zweierlei Gründen. Einmal ist sie in der Natur auch vorhanden, sieht auch besser aus, und zweitens müssen die Pflanzen darin wachsen. Denn Pflanzen müssen in einem Aquarium unbedingt sein. Ohne die ist es kein Aquarium, sondern ein Quälinstrument wie die alte Goldfischglocke. Die Leser werden sich vielleicht noch meiner Aufsätze vom vorigen Jahr über Pflanze und Tier erinnern. Dort schrieb ich, daß die Pflanzen die Kohlensäure, welche Menschen und Tier ausatmen, verbrauchen und uns dafür den Sauerstoff, den wir zur Atmung brauchen, liefern. Hier in unserem Aquarium können wir es gleich ausprobieren, ob dies stimmt. Natürlich dürfen wir keine Landpflanzen dort unter Wasser stecken, sondern wir müssen nur Pflanzen aus Teichen oder Tümpeln holen, sogenannte Wasserpflanzen. Diese Pflanzen stecken wir in den Bodengrund unseres Fischbehälters. Der Bodengrund besteht aus sehr sorgfältig gewaschenem Sande, der Sand muß so lange gewaschen werden, bis das Wasser nicht mehr trübe abläuft. Sind die Pflanzen angewachsen, so werden wir dann sehen, daß die Fische sich sehr wohl fühlen und niemals nach Luft schnappen, da davon jetzt genug im Wasser vorhanden ist. In einem der nächsten Aufsätze will ich genau die Selbstanfertigung und die Pflege eines Aquariums beschreiben. Die heutigen Zeilen sollen nur dazu beitragen im voraus vieles zu erklären, wovon später die Rede sein wird.

Aus Welt und Heimat.

Ueber das neue Kirchengesetz. Die in Warschau erscheinende von Pastor Kondthaler redigierte religiöse Halbmonatsschrift „Ewangelik“ bringt in Nr. 10 eine Notiz über die deutschen Mitglieder der Kommission zur Ausarbeitung des Projektes eines Gesetzes, das das Verhältnis der evangelisch-augsburgischen Kirche zum polnischen Staate feststellen sollte. Diese Notiz entspricht aber der Wirklichkeit ganz und gar nicht und kommt fast einer Denunziation gleich. Es wird darin behauptet, die deutschen Mitglieder hätten ihre in Warschau gegebene Einwilligung zurückgezogen und erklären gegenwärtig, daß sie weder zum Generalsuperintendenten, noch zum Konsistorium Vertrauen haben und daß sie sich mit keinem Projekte des Konsistoriums einverstanden erklären könnten, dafür aber mit den Deutschen der Westgebiete in engerem Einverständnis bleiben wollen, vor der Hand aber darauf dringen werden, daß einzelne Gemeinden selbständig existieren ohne das Band einer gemeinsamen Organisation. In Wirklichkeit verhält sich die Sache ganz anders. Die Kommissionsmitglieder haben in Warschau am 7. und 8. April ein Projekt beraten, dessen Formulierung ihnen von Konsistorium zugesandt wurde mit der Aufforderung, ihre endgültige Meinung darüber im Laufe von zwei Wochen dem Konsistorium zugehen zu lassen. Die in Lodz wohnenden Kommissionsmitglieder legten dieses Projekt einer größeren Anzahl von Gemeindegliedern vor und überprüften deren Meinung dem Konsistorium. Daraufhin haben in Lodz noch zwei Beratungen des Konsistoriums mit mehreren Gemeindegliedern aus Lodz und Umgegend und mit den Kommissionsmitgliedern stattgefunden. Auf der letzten Beratung am 3. Juni wurde das Projekt mit einigen geringen Abänderungen angenommen mit dem Beschluß, es nun dem Sejm zur Bestätigung vorzulegen. Von einem Zusammenschluß mit den Deutschen der Westgebiete oder von ganz freien, unabhängigen Gemeinden war gar nicht die Rede. Von einem Mißtrauen gegen den Generalsuperintendenten oder das Konsistorium hat kein Kommissionsmitglied auch nur ein Wort gesagt. Nur ein Pastor vom Lande, der nicht zur Kommission gehört, hat den anwesenden Vertretern des Konsistoriums offen mitgeteilt, daß bei vielen Gemeindegliedern ein solches Mißtrauen tatsächlich bestehe. Endlich ist dem Unterzeichneten nichts bekannt von einer Aussicht gewisser Kreise, daß die Deutschen zusammen mit den Ruthenen und Juden im künftigen Sejm auf eine Mehrheit von 70 Stimmen rechnen und mit deren Hilfe sie ihr Projekt des Kirchengesetzes durchbringen könnten.

Man muß sich nur wundern, wie eifrig man auf der polnisch-evangelischen Seite bemüht ist, uns böse, feindliche Absichten unterzuschleichen, um uns in der öffentlichen Meinung und hauptsächlich bei der Regierung herabzusetzen.

Eine solche Handlungsweise ist, milde gesagt, durchaus nicht christlich. Wenn schon gekämpft werden muß, so kämpfe man doch vor allen Dingen mit der Wahrheit.

L. Wolff, Mitglied der Kommission.

„Die Regierung hat gar nichts zu sagen.“ Unter dieser Ueberschrift bringen die „Deutschen Nachrichten“ (Bromberg) eine Aufsatz, dem wir folgendes entnehmen:

In Ostrowo sammelten sich am Donnerstag, den 3. Juni, in der fünften Nachmittagsstunde ungefähr 500 Arbeiter der Waggonfabrik zu einem Umzug, der sich gegen die Deutschen und Juden richtete. Die Demonstranten drangen in eine Anzahl von Geschäften ein, mißhandelten in tierischer Weise Geschäftsinhaber und Angestellte, plünderten und stahlen. Eines der ersten Ziele war die bekannte Hirsch'sche Brauerei. Die Arbeiter umstellten sie von allen Seiten, drangen in das Kontor ein und schlugen sofort auf den Besitzer

und seine Angestellten los. Schwer verwundet, blutüberströmt und unterwegs noch gemißhandelt, konnte Herr Hirsch sich nur mit größter Mühe in seine Privatwohnung retten. Ein Gendarm, der den Versuch machte, einzuschreiten, wurde ebenfalls mißhandelt und entworfen. Das Kontor wurde demoliert. Ungefähr 50.000 Mark, die zur Auszahlung bereit lagen, wurden entwendet. Schwer mißhandelt wurde auch der Pächter der Gastwirtschaft der Brauerei, dem das Nasenbein zertrümmert und die Vorderzähne ausgeschlagen wurden. Der Uhrmacher Reglass wurde mit Schlägen aus seinem Geschäft hinausgetrieben. Nachdem er blutüberströmt auf die Straße geworfen worden war, wurde sein Laden zerstört und ausgeplündert. Ein ähnliches Schicksal erlitt der Inhaber des ersten Expeditionsengeschäfts in Ostrowo, Alfred Chan (dessen Familie seit 1700 in Ostrowo ansässig ist.) Mißhandelt wurden ferner eine Reihe anderer Geschäftsleute und Gewerbetreibender. Während des Raubzuges der Arbeiter durch die Stadt hörte man wiederholt die Ausrufe: „Hinaus mit den Niemcy! Schlag die Niemcy tot!“ Gegen Abend zogen etwa 100 Arbeiter auf das Stadtgut Krepa, versuchte dort Türen und Fenster einzuschlagen und verlangten von dem Besitzer, er solle sofort mit seiner Familie das Gut verlassen und nach Deutschland ziehen. Auf die Frage eines der Familienangehörigen des Besitzers, ob das denn die Regierung angeordnet hätte, gaben die Arbeiter die bezeichnende Antwort: „Die Regierung hat gar nichts zu sagen. Das befehlen wir!“

In dem Eisengeschäft von Fr. Buzek, das bereits geschlossen war, wurden die Haustür und Seitenladentür erbrochen. Etwa 30—40 Personen drangen in die Geschäftsräume ein und raubten verschiedene Stahlwaren (Messer, Rasierapparate usw.). Die Pogrommacher sprengten die Kontortür mit Schleifsteinen und warfen den Besitzer hinaus. Er entging den Mißhandlungen nur dadurch, daß er den Arbeitern erklärte er sei Schiedsmann, stehe also im polnischen Dienst. Darauf verließen die Räuber das Geschäft, nahmen aber für ungefähr 40.000 Mark Waren mit. Viele Opfer der Ausschreitungen liegen schwer verletzt und krank danieder. Ein anderer Teil ist wegen der Todesdrohungen ohne Ausweis bereits über die Grenze geflohen.

Soldatensiedelungen. Am 17. Dezember 1920 nahm der Sejm ein Gesetz an, laut dem alle herrenlosen Landgüter und Wirtschaften in den östlichen Provinzen Polens (Wolhynien, Weißrußland) Staatseigentum wurden. Auf diesen in solcher Weise erworbenen Gütern siedelt man seit einem halben Jahre aus dem Heere entlassene Soldaten und Offiziere an. Diese Siedelungsbestrebungen sind für das polnische Reich von großer Wichtigkeit, weil dadurch tausende von Morgen brachliegenden Bodens urbar gemacht werden, andererseits viele beschäftigungslose Menschen ihr eigenes Heim gründen können. Die Siedelungstätigkeit des ersten Halbjahres hat jedoch recht viele Mißbräuche an den Tag gebracht, so daß im Ministerium zahlreiche Klagen einlaufen. Regens hat der Vollzugsrat der landwirtschaftlichen Vereinigung eine Beschwerde dem Ministerrat eingereicht, wo auf viele Mißstände hingewiesen wird. Es gab Fälle, wo Soldaten von Ländereien Besitz ergriffen, die ihren rechtmäßigen Eigentümer hatten, der dann gewaltsam verjagt wurde; sehr oft haben die Ansiedler weder Pferd noch Wagen, die man ohne viele Skrupel einfach den benachbarten Bauern wegnimmt. In allen Rechtsstaaten gibt es ein sogenanntes „Verjährungsrecht“, d. h. wenn nach Verlauf von mindestens zehn Jahren ein Landstück keinen Besitzer aufweist, dann wird es als Staatsgut anerkannt. Das Siedelungsgesetz vom 17. Dezember sieht so etwas nicht vor und stellt sich somit nicht auf den Rechtsstandpunkt. — Die vielen Mißbräuche haben die einheimische Bevölkerung

erbittert und das Ansehen der polnischen Republik untergraben. Dadurch wurde anstatt Nutzen — dem Staate Schaden zugefügt. Es muß darum hierin Wandel geschaffen werden.

Demobilisation. Laut einer Verordnung des Kriegsministeriums werden demnächst folgende Jahrgänge demobilisiert: 1) alle Soldaten, die im Jahre 1920 freiwillig ins Heer traten und nicht zu den Jahrgängen 1899 und 1900 gehören, 2) alle Soldaten, die in den Jahren 1918, 1919, 1920 ins Heer traten, ohne Unterschied auf den Jahrgang, wenn sie im polnischen Heere, in Heeren anderer Länder, oder in den polnischen Legionen zusammen mindestens 24 Monate gedient haben, eine Familie besitzen und mündlich die Bitte äußern, demobilisiert zu werden.

Wann wird der Sejm aufgelöst? Ueber die Auflösung des gesetzgebenden Sejm sind zwei Gesetzentwürfe eingegangen: a) Der Gesetzentwurf des Ministerrats verlangt, daß der Sejm mit dem 1. September d. J. aufgelöst wird und an diesem Tage die Wahlen für den neuen Sejm und Senat ausgeschrieben werden. Der Vorstand des bisherigen Sejm und der Marschall setzen ihre Tätigkeit fort bis zur Konstituierung des neuen Sejm. Die gesetzgebende Gewalt übt in der Zwischenzeit der Ministerrat aus. b) Nach dem Gesetzentwurf der Konstitutionskommission soll der bisherige Sejm so lange in Tätigkeit bleiben, bis der auf Grund der Verfassung zu wählende Sejm und Senat konstituiert sind.

Wahlentwurf für den Sejm. Die Regierung legt dem Sejm folgenden Wahlentwurf für den neuen Sejm vor: „Die Wahlen spielen sich kreisweise ab; vorgesehen sind 58 Kreise, welche durchschnittlich 400—500.000 Wähler umfassen. Von vornherein ist die Anzahl der Abgeordneten nicht zu bestimmen, da immer auf 25.000 Wähler ein Abgeordneter kommen wird. Stimmen 60 Prozent aller Wähler ab, so dürfen 312 bis 324 Abgeordnete, bei 80 Prozent Abstimmung 418 bis 432 Abgeordnete in den neuen Sejm einziehen.“

Der Handel mit Petroleum (Nafta) soll vom 1. Juli ab freigegeben werden. — Anfänglich sollte der Freihandel mit Zucker eingeführt werden, jedoch ist dies vorderhand nicht möglich. Nach einem Jahre erst beabsichtigt die Regierung den Zuckerverkauf frei zu geben.

Die Dienstbotennot verursacht manchem Menschen viel Sorgen. Die Zeiten sind schlecht, Teuerung und anscheinlich Arbeitslosigkeit herrschen im Lande, will man aber einen Dienstboten mieten, so ist jegliches Suchen und Nachfrage ergebnislos. Der Krieg hat die Menschen anspruchsvoller, dabei aber in ihrer Pflichtenfüllung nachlässiger gemacht. Auch scheint es vielen heute, als wäre das „in fremde Dienste gehen“ beschämend und erniedrigend. Und wie manch einer hat im fremden Dienst erst ordentlich arbeiten und wirtschaften gelernt!

Einkommensteuer. Nach dem Gesetz müssen die Arbeiter 10 Prozent von ihrem Lohne als Einkommensteuer an den Staat zahlen. Dies gefiel den Lodzer Arbeitern anfangs nicht, weshalb in einigen großen Fabriken die Arbeit eingestellt wurde. Auf einer Versammlung wurden sie jedoch über die Notwendigkeit einer solchen Steuer aufgeklärt. Sie erklärten sich nun damit einverstanden und kehrten zur Arbeit zurück. Nach und nach kommt doch die Einsicht und der gesunde Verstand zur Geltung.

Großer Fabrikbrand. In Zgierz ist am 12. Juni die große Tuchfabrik des Herrn Roman Ernst vollständig niedergebrannt. Das Feuer wurde erst spät bemerkt, so daß nichts gerettet werden konnte. Die Fabrik war nur für 3 Millionen Mark versichert, der Schaden dagegen soll gegen 50 Millionen betragen. Die Ursache des Brandausbruches ist unbekannt.

Wochenschau.

Inland. Der Posten des Außenministers ist nun endlich wieder besetzt. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Witos ernannte der Staatschef den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister erster Klasse beim König von Italien, Herrn Konstanty Skirmunt zum Minister des Neuzern. Der stellvertretende Staatssekretär Jan Dombbski wurde gleichzeitig seines Amtes als Stellvertreter enthoben. Herr Skirmunt ist Großgrundbesitzer in Weißrußland und Wilna, vor dem Kriege war er Abgeordneter der russischen Duma. — Die Oberschlesische Frage, die immer noch vor der Entscheidung steht, ist für unser Land höchst wichtig. Es bestand ein Vorschlag, daß zwischen den polnischen Aufständischen und dem deutschen Heimatschutz eine neutrale Zone gebildet werden sollte. Dieser Plan wurde als undurchführbar befunden. Die englische Regierung ist der Ansicht, daß die vollständige Autorität der Alliierten Kommission wiederhergestellt werden müsse, erst dann wäre an die Regelung der Oberschlesischen Frage näher heranzutreten. Wie schon bereits gemeldet wurde, sind zu diesem Zweck in Oberschlesien englische Truppen eingetroffen, die noch verstärkt worden sind. Die englischen und italienischen Truppen haben mit der Säuberung der Aufständischen bereits begonnen. Die englische Regierung erstrebt das Zusammenarbeiten der Alliierten in Oberschlesien. Die Anschauung der englischen Regierung hat keine Veränderung in der Oberschlesischen Frage erfahren. Man legt der baldigen Zusammenkunft des Obersten Rates große Bedeutung bei. Da, wo die Aufständischen mit dem Selbstschutz in Berührung kommen, werden noch immer schwere Kämpfe ausgefochten. Am 12. fanden noch um Ratibor und Rosel solche statt. Der Kreis Rosenberg ist von den Aufständischen teilweise geräumt worden. Mehrere Kreise sind von den Aufständischen schon freigegeben. Andere Ortschaften wurden laut amtlicher Meldung noch am 12. von den Aufständischen durch Artilleriefeuer beschossen. Laut den letzten Nachrichten sollen die Aufständischen in Oberschlesien die Waffen gestreckt haben. Der Aufstand in Oberschlesien wird in Berlin als erlebte betrachtet. Le Rond soll nach Paris sein Rücktrittsgesuch gerichtet haben. Es ist fraglich, wann die „gerechte“ Lösung der Oberschlesischen Frage erfolgen wird. Für unser Land wie für den Europäischen Weltfrieden ist die Lösung der Oberschlesischen Frage höchst wichtig. Laut den Pariser Meldungen wird die Oberschlesische Frage weiterhin als eine gespannte angesehen. Man ist sich darüber klar, daß ein Widerstand vonseiten der Aufständischen sofort die Anwendung der interalliierten Wehrmacht nach sich ziehen müßte. Die Franzosen halten die von den Engländern aufgezwungene Lösung der Angelegenheit für unerwünscht. — Der Finanzminister Steczkowski hat um seinen Rücktritt eingereicht. Laut Zeitungsnachrichten hat der Finanzminister deshalb abgedankt, weil im Ministerrat ein Antrag auf Anweisung von 8 Milliarden Mark für nicht dringende Zwecke angenommen wurde, womit sich Minister Steczkowski nicht einverstanden erklärte. Die Presse stimmt Herrn Steczkowski bei und verlangt einen Finanzminister, der sich auf den Standpunkt stellt, daß es ohne Errettung der Staatsfinanzen keine freie und unabhängige Existenz Polens gibt.

Deutschland. Ein bisher Unbekannter übte auf den Führer der Bayerischen Unabhängigen, Abg. Karl Gareis, Professor am Münchener Gymnasium, ein Attentat aus. Durch mehrere Revolvergeschüsse wurde dieser an der Tür des Borgartens seines Hauses niedergestreckt. Das Attentat wurde am 9. Juni um 11 Uhr abends verübt, als er aus einer Versammlung des Freidenkervereins kam, wo er in einem Vortrage

gegen die Religion in der Schule auftrat. Ein persönlicher Freund begleitete den Abgeordneten Gareis bis an die Tür des Borgartens. Nachdem sich Gareis von seinem Freunde verabschiedet hatte und eben durch die Gartentür eintreten wollte, da fielen vier Schüsse. Der erste Schuß traf G. in den Hinterkopf, er stürzte sofort zusammen, die übrigen Schüsse gingen fehl. Schutzleute und Vorübergehende wie auch Nachbarn eilten herbei und veranlaßten die Ueberführung des Verletzten in ein Krankenhaus. Um 3 Uhr nachts starb der Verletzte. Gareis stand im 33. Lebensjahr und war seit einem halben Jahr verheiratet. — In München ist ein Generalstreik ausgebrochen und soll auf das gesamte Landesgebiet ausgedehnt werden. Vorherhand behnt sich der Streik auf immer weitere Gebiete aus. Schon ist die Straßenbahn, die Industrieunternehmungen und auch die Zeitungen von dem Streik erfaßt worden. An den Hausmauern der Straßen Münchens sind Bekanntmachungen ausgeklebt, laut welcher Versammlungen unter freiem Himmel verboten sind. Die Polizei wurde aufgefordert, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Eindämmung der Bewegung anzuwenden. Trotz des Verbots sammelten sich am vergangenen Sonntag nachmittags im Ausstellungspark gegen 3000 Personen an. Die Versammlung wurde ohne jegliche Zwischenfälle von der Polizei auseinandergetrieben und der Park geschlossen.

Rußland. Krassin hat mit dem Londoner Korrespondenten „Petit Parisien“ eine längere Unterredung. Er gab zu, daß die Sowjetpolitik vollständig Fiasco erlitten habe. Die weltbeglückende Idee, den Bolschewismus unter alle Völker zu tragen, habe nicht den vorausgesetzten Erfolg gehabt. Proletarische Armeen der anderen Länder haben nicht gesiegt. Lenin siehe mit seiner Politik allein da, weshalb er zum strategischen Rückzug gezwungen sei. Rußland sei allgemein im Niedergange. Vollständige Zerstörung der Produktionskräfte, schlechte Schulung der Fabrikarbeiter, bewaffnete Banden, die das Land durchziehen und plündern, allgemeiner Hunger, alles dies findet man in Rußland. Lenin will den Warenausgang in Rußland durch ausländische Waren decken. Mit Hilfe der ausländischen Kapitalisten will er die Naturreichtümer Rußlands in gehöriger Weise ausbeuten. Die vorjährige schlechte Ernte hat zu dem allgemeinen Hunger viel beigetragen. Rußland sei goldarm. Es herrscht ein großer Mangel von Werkzeugen für die Arbeiter. Die Lage wird mit jedem Tage schlimmer. Die Unzufriedenheit der Arbeiter steigt fortgesetzt. Der Ausstand in Petersburg ist eine ständige Erscheinung. Die wenigen noch tätigen Fabriken stehen unter militärischer Bewachung. Der bekannte Amerikaner Vanderlip, der mit den Sowjets Verhandlungen wegen Konzessionen anknüpfte, kehrte nach Newal zurück und äußerte sich, daß sich die Sowjetregierung nur noch 6

Ein erfahrener

Lehrer und Kantor

mit guter Seminarbildung sucht eine bessere Lehrerstelle auf dem Lande oder in der Stadt. Angebote unter „Staatslehrer“ sind an den Herausgeber dieses Blattes zu richten.

Ein tüchtiger

Kantor

wird für die ev.-luth. Gemeinde Pabianice gesucht. Gehalt laut Uebereinkommen. Offerten werden an das Kirchenkollegium erbeten.

Monate werden halten können. Im fernen Osten ist eine Umstürzbewegung entstanden, die sich gegen die Sowjetregierung richtet. Der General Semjonow übt die Diktatur aus. Von Wladivostok aus hat er einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem er bekannt gibt, daß er die oberste Gewalt in den von den Bolschewiki befreiten Gebieten übernehme und daß ein Ministerkabinet gebildet worden sei. Die Umstürzler fügen sich seinen Anordnungen. Er verspricht aufgrund von Wahlen einen Nationalrat einzuberufen, in dessen Hände er seine Gewalt niederzulegen gedenke. Infolge dieser antibolschewistischen Bewegung wandte sich die Sowjetregierung an die englische, französische und italienische Regierung mit einer Note, in der sie die englische Regierung beschuldigt, die antibolschewistische Bewegung in Sibirien zu unterstützen. Lord Curzon sandte diese Note mit der Bemerkung zurück, daß sie jeder diplomatischen Gepflogenheit widerspreche und keinerlei Anhaltspunkte enthalte, die die Stichhaltigkeit der Anklagen beweisen. Mit Krassin wolle sich die englische Regierung in dieser Beziehung in keinerlei Diskussion einlassen.

Spenden.

Zur Unterstützung unserer Wochenschrift gingen uns zu: von G. Hermann, Compolino, 20 Mk., A. Schulz, Lodz, 40, S. Schröder, Gajstow, 50, Jakob Rometsch, Leonberg, 100, J. Blümle, Leonberg, 100, A. Eibke, Piotrow Kuj., 40, T. Dalke, Brzozow, 40, Hühne, Lodz, 100, aus Ggorze: S. Pydde, G. Siller, A. Wendlandt, G. Noewenberg und T. Bloch zu je 40, aus Lubmitowo von G. Janke 10, Kneisler 20, G. Steinfke 35, A. Mikolaj 35, G. Mikolaj 35, G. Drems 15, Lisse 10, J. Schmidt 35, J. Steinfke 35, Albrecht 20, Kwasz 30, Krüger 5, Frau Benke, Lodz, 90.

Allen edlen Spendern sprechen wir unseren innigsten Dank aus.

Zur Unterstützung bedürftiger Seminaristen gingen ferner ein: Durch Herrn Pastor W. Rieger aus der Gemeinde Beugrow 910 Mk., durch Herrn Pastor A. Nahrgang, Waszjogrod, gesammelt auf der Hochzeit von Edw. Heijzel mit Olga Neumann 2805, durch Herrn Lehrer A. Bentler, Plochowin, 500, durch Herrn Pastor D. Koenig, Mieszawa: Kollekte in der Kirche 756, am Konfirmationstage 1109, Konfirmandensammlung 1232, von Herrn Lehrer Bunn, Siehociniec 100, M. A. Zbrachlin 50, zusammen 3247, durch Herrn Lehrer R. Ernst, Bedecice: von Joh. Reit 100, Kessalie Gundrum 100, Ernestine Scharmann 100, Valentin Scharmann 100, Aug. Gundrum 100, Emma Feige 20, Georg Scharmann 20, zusammen 540, G. Schlachter Gajstowia 200. Herzlichen Dank allen Spendern und Spendensammlern! J. Rathß, Seminarlehrer.

Schmechel & Rosner

Lodz, Petrikauerstraße Nr. 100

Die Preise steigen,

trotzdem verkaufen wir die billig eingekauften Waren solange der Vorrat reicht, zu den früheren Preisen:

Damen-Kleider

aus Etamin in großer Auswahl, 3000.—, 2500.—, aus Chediot 3000.—, 2250.—, 1950.—, 1450.—.

Etamin-Blusen

besonders billig, 850.—, 790.—, 620.—.

Damen-Mäntel

neueste Fassons 6500.—, 3500.—, aus Koverfort 9500.—, 8500.—.

Benützen Sie diese günstige Gelegenheit.

Filiale: Petrikauerstraße Nr. 160